Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 10

Artikel: Die Diktatur des Proletariats ist Diktatur über das Proletariat : der Arbeiter im kommunistischen System

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076755

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Diktatur des Proletariats ist Diktatur über das Proletariat

Der Arbeiter im kommunistischen System

Der kommunistische Staat erhebt den Anspruch, ein «Arbeiterstaat» zu sein. Aber es waren Arbeiter, die sich erstmals in der Geschichte des europäischen Kommunismus gegen ein etabliertes Regime im offenen Aufstand erhoben: In Ostberlin 1953, in Posen und Budapest 1956. Die Arbeiter waren es selbst, welche die Lüge von der «Diktatur des Proletariates» praktisch entlarvten. Ebenso die Lüge von der angeblichen «Verwirklichung des Sozialismus». Die Alltagsrealität hinter dem Eisernen Vorhang heisst vielmehr Diktatur über das Proletariat.

Mit der heutigen Schilderung der Arbeiterstellung im kommunistischen System beginnen wir mit einer Reihe von Untersuchungen, die einzelnen Berufs- oder Sozialgruppen hinter dem Eisernen Vorhang gewidmet sind. Da die Skizzierung eines Durchschnittfalles angestrebt wird, sind gewisse Verallgemeinerungen und Vereinfachungen nicht zu vermeiden. Die Umstände können in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten variieren. Ein repräsentativer Querschnitt kann aber als Schlussfolgerung gezogen werden.

Im Schlagwort

Was ist das Bild des Durchschnittsarbeiters in städtischen Verhältnissen (die Stellung des Landarbeiters wird gesondert untersucht werden)?

— An seinem Arbeitsplatz, der ihm nach den planwirtschaftlichen Erfordernissen von oben her zugewiesen wird, hat er seine zugemessene Norm zu erfüllen und wird dementsprechend entlöhnt. Für unpünktliches Erscheinen oder Nachlässigkeit wird er bestraft, zumeist mit Lohnabzug, oft mit zusätzlicher Arbeit in der Freizeit. Man nennt das «Arbeitserziehung». Aeussert er aber Unzufriedenheit mit den Verhältnissen, so ist das «gesellschaftsfeindliches Verhalten». Steckt er andere mit seiner Unzufriedenheit an, so ist das Sabotage. Streikt er, so ist das ein Verbrechen gegen den Staat. Im ersten Fall kann er zur Land- oder Grubenarbeit deportiert werden (dies als Erziehungsmassnahme zu seinem eigenen Heil), im zweiten Fall auf mehrere Jahre ins Zuchthaus kommen, im dritten Fall erschossen werden (wegen ernsthafter Gefährdung der Planwirtschaft).

Am Arbeitsplatz herrscht nicht kollegiale, sondern kollektive Atmosphäre. Leistung und Verhalten des Einzelnen stehen zur öffentlichen Diskussion. Gegenseitige Kritik und Bespitzelung dienen dem kollektiven Bewusstsein.

— Der Monatslohn eines Durchschnittsarbeiters entspricht dem Wert eines leicht überdurchschnittlichen Konfektionsanzuges, oder dem Wert von drei Paar Lederschuhen.

— Der Durchschnittsarbeiter wohnt sehr billig. Dafür teilt er und seine Familie die Wohnung mit einer andern Familie, manchmal auch mit zwei. Das Badezimmer ist gemeinsam, das heisst in jenen Wohnungen, wo es das gibt.

— Der Durchschnittsarbeiter isst billig in den Werkkantinen. Das Essen ist nach westlichen Arbeiterbegriffen weder gut noch reichlich.

— Für seine Freizeit braucht der Durchschnittsarbeiter praktisch nichts auszugeben. Sie wird ihm bezahlt — und sie wird ihm vorgeschrieben. Die Unterhaltung ist erzieherisch. Daneben gibt es die freiwilligen Arbeitsbrigaden. Man braucht da nicht mitzumachen, sofern man sich gesellschaftsfeindlich verhalten will (siehe oben).

— Die Kinder des Durchschnittsarbeiters sind in Tagesheimen untergebracht. Seine Frau ist auch Durchschnittsarbeiter.

— Der Durchschnittsarbeiter ist versorgt. Arztbehandlung ist gratis, viele öffentliche Dienste fast. Seine Ferien verbringt er kollektiv nach Vorschrift, aber auch gratis. Im Alter erhält er eine Pension. Sie ist sehr klein, aber dann arbeitet er auch nicht mehr.

— Das Privatleben des Durchschnittarbeiters ist praktisch auf einige Nachtstunden beschränkt. Es gibt einige für den Fortbestand der Gesellschaft wichtige Gebiete, auf denen der kommunistische Staat noch keine Kollektivlösung gefunden hat.

— Alles in allem: Der Durchschnittsarbeiter wird recht gehalten. So, dass er leistungsfähig bleibt, aber für unnötige Sprünge weder Zeit, noch Energie, noch Mittel hat. So bleibt seine proletarische Diktatur planwirtschaftlich lenkbar.

In der Differenzierung

Ausschliesslich an westlichen Massstäben lässt sich freilich die Existenz des Arbeiters im kommunistischen System schwer messen. Seine Stellung, sein Leben, seine Ordnung sind in zu vielen Dingen ganz anders als bei uns. Seinem schlechten Lohn stehen grosse Sozialleistungen gegenüber, auf die er Anspruch hat. Seiner persönlichen Einengung stehen gemeinschaftliche Annehmlichkeiten gegenüber, die ihm geboten werden. Er hat praktisch keine Möglichkeit, sein Geld so auszugeben, wie es ihm gefallen würde, aber ebensowenig hat er praktisch die Möglichkeit, sein Geld so auszugeben, dass es ihm schaden könnte. Kann er nicht selbständig handeln (beispielsweise oft auch nur in der Frage des Arbeitsplatzes), so braucht er sich anderseits auch nicht den Kopf zu zerbrechen.

So betrachtet, scheint jedem Nachteil ein Vorteil gegenüberzustehen. Die Verhältnisse sind eben durchaus anders. Dennoch lassen sich die verschiedenen Aspekte einer Arbeiterexistenz bei uns und im kommunistischen System in mancherlei Beziehung ganz konkret gegeneinander abwägen. Dabei wird es sich zeigen, dass der Arbeiter hinter dem Eisernen Vorhang nicht nur anders, sondern auch schlechter lebt. Das betrifft sowohl seine materielle Situation als auch seine Stellung in der menschlichen Gesellschaft.

Der Reallohn ist klein

Jedes kommunistische Regime brachte in seinen Anfängen eine gewisse Besserstellung des Arbeiters im Vergleich zum früheren Regime. Minimallöhne und Lohnnormen im allgemeinen wurden festgesetzt, die zweiwöchigen Ferien eingeführt, die Versicherungen gegen Krankheit und Unfall nahezu bis zum kostenlosen Dienst ausgebaut. Und in jedem kommunistischen Regime dauerte diese Periode so lange, als dem sogenannten «sozialistischen» Sektor (Staat, Genossenschaften, Kollektive) noch der private Sektor als Konkurrenz gegenüberstand, solange das System also ein Interesse hatte, der Bevölkerung seine Vorzüglichkeit zu beweisen. Sobald aber die Schicht der selbständig Erwerbenden und die Möglichkeit der privaten Unternehmung ausgeschaltet waren, änderte sich das Bild. Zudem gingen nach einiger Zeit auch die Mittel aus, die man durch die Enteignung der vorher wohlhabenden Klassen gewonnen hatte. So ist in allen Volksdemokratien der Lebensstandard der Arbeiter in den Jahren 1952/53 zurückgefallen und glich sich ungefähr dem an sich niedrigeren Niveau der UdSSR an.

Allerdings trifft es zu, dass sich die kommunistischen Regimes seit 1956 aus politischen Ueberlegungen heraus wieder um eine gewisse Hebung des Lebensstandards bemühten. Die Minimallöhne wurden überall heraufgesetzt (in der Sowjetunion von 270 alten Rubeln auf zirka 45 neue Rubel, was 450 alten Einheiten entspricht. Gerade bei den sowjetischen Lohnverhältnissen ist übrigens eine aufschlussreiche Feststellung angebracht: Im Unterschied zu mehreren Volksdemokratien (SBZ, CSSR, Polen, Ungarn) wird der Arbeiterdurchschnittslohn nicht bekanntgegeben. Das gilt für die offizielle Statistik. Aber selbst die Fachliteratur vermeidet nach Möglichkeit die Erwähnung bestimmter Lohnsätze. Das könnte damit erklärt werden, dass es in der UdSSR verschiedene Preiszonen und damit auch entsprechend variierte Löhne gibt. Ein Hauptgrund dürfte aber auch anderswo liegen: Das Regime sucht die Tatsache zu verheimlichen, dass Arbeiter in Moskau oder andern Grossstädten materiell besser gestellt sind als andere (in kleinerem Mass trifft die Sachlage auch auf die Satellitenstaaten zu).

Wir haben gesehen, welcher Kaufkraft ein durchschnittlicher Arbeitermonatslohn in der UdSSR oder den Volksdemokratien entspricht. Nun ist das natürlich nicht der Reallohn. Die erwähnten ausgiebigen Sozialleistungen müssen mitberücksichtigt werden, ferner die billigen Mieten (laut Propaganda etwa 5 bis 6, in Wirklichkeit immerhin 8 bis 10 Prozent eines Monatslohnes), denen allerdings die allgemein schlechte Unterkunft gegenübersteht.

Die Wohnbautätigkeit ist ziemlich rege, entspricht aber weder dem Bedürfnis, noch dem viel lebhafteren Wohnbau in unseren Ländern. Gas und Elektrizität sind verhältnismässig billig, nicht aber das Heizmaterial. Ueblicherweise wird es für den Arbeiter durch die Arbeitsstelle angeschafft. Aber die Versorgung ist kläglich. Zunächst sind Holz oder Kohle nur beschränkt erhältlich. Dann ist der Transport in die Wohnhäuser ein eigentliches Pro-

blem: Chauffeure und Kutscher pflegen, wenn sie unbewacht sind, ansehnliche Prozentsätze «abzuzweigen» und zu verkaufen. Will ein Arbeiter nicht betrogen werden, muss er einen freien Tag der Transportüberwachung opfern, und wirklich freie Tage sind infolge der Kollektiverholung ein neues Problem. Die Lagerung von Heizmaterial ist schliesslich auch nicht einfach: der grössere Teil des beschränkten Kellerraumes ist für Luftschutz reserviert und hat leer zu bleiben.

Es bleiben die kostenlosen Freizeitvergnügen und Ferien. Selbst wenn man die zahlreichen obligatorischen Anlässe als materiellen Wert gelten lässt (dazu sei immerhin der umgekehrt liegende Fall einer Schweizer Gewerkschaft erwähnt, die für eine obligatorische Betriebsaussprache mit gespendetem Essen Ueberstundentarife verrechnete) wird man in der Summierung doch dazu kommen, dass sich der sowjetische oder volksdemokratische Arbeiter materiell weniger leisten kann als sein westlicher Kollege. Nicht nur ist der Lohn minim, auch der Reallohn ist kleiner.

Das inoffizielle Programm

Der Lohn gilt aber nur für die Normalarbeit. Nun aber gibt es noch zusätzliche unbezahlte Arbeit, die im «Dienste der Gesellschaft» geleistet wird und freiwillig genannt wird. Es kann sich um «Aufbautätigkeit» in öffentlichen Anlagen, Sportstadien und dergleichen handeln, um Aktivistentätigkeit in der Partei, um Kontroll- und Ueberwachungsaufgaben bei unbefriedigenden Elementen (das wird «Erziehung» und «Dienst am Kollegen» genannt), um Mitwirkung bei öffentlichen Veranstaltungen und deren Vorbereitung. Die «Freiwilligkeit» bezieht sich bis zu einem gewissen Grad auf die Wahl des Betätigungsfeldes, aber als verbindliche Regel gilt ganz offiziell: Jedermann muss gesellschaftliche Arbeit leisten.

Ein Sonderfall der gesellschaftlichen Arbeiten hat allerdings seine positive Seite: die berufliche Weiterbildung. Das Regime fördert sie aus Machtinteresse, aber sie kommt immerhin dem Arbeiter zugute. Das ist auch die positive Seite der sonst durchwegs ausbeuterischen «kommunistischen Arbeiterbrigaden». Neben der unbezahlten Arbeit im Dienste des Systems erhält der Werktätige in dieser Organisation normalerweise die Möglichkeit, einen zweiten Beruf zu erlernen.

Was gilt der Arbeiter ?

Wird der Arbeiter in materieller Hinsicht ausgebeutet, so wird er als Gesellschaftsträger nach einer freiheitlichen Auffassung geradezu verhöhnt:

Er, der als Mitglied des Proletariates nominell die Diktatur ausübt (die Parteispitze besorgt das «in seinem Interesse») wird in einer Weise bevormundet, die weder seinen persönlichen noch seinem Klasseninteresse den geringsten Spielraum lässt. An den obligatorischen Film- und Fernsehveranstaltungen wird er beständig im Parteisinne «erzogen». Im Klub (diese Einrichtung zur Freizeitkontrolle kennt man überall) hat er an «Diskussionsabenden» und «Seminarien» die Anregungen der Partei entgegenzunehmen. Im Kollektiv wird er von Agenten und ihren aufgebotenen Helfern ununterbrochen bespizelt. Dazu aber leistet sich das System noch den besonderen Hohn, seine Wünsche herauszufordern und zu beachten. Sie haben sich auf solche Dinge zu beziehen wie vermehrte Aufbauarbeit oder vermehrte Kritik innerhalb des Arbeitskollektivs. Es genügt nicht, dass der Arbeiter Ausbeutung und Erniedrigung erfährt, er muss sie auch aktiv befürworten. Sonst wird sein Verhalten als gesellschaftsfeindlich bewertet.

Wirtschaft

Ostblock

Einheitsöl aus Kuibischew

Unter den Projekten der keineswegs reibungslos fortschreitenden Wirtschaftsintegration des Ostblocks nimmt der Ausbau der Erdölversorgung eine Vorrangstellung ein. Die Erdölleitungen von der Sowjetunion in die Satellitenstaaten werden im Unterschied zu zahlreichen anderen Vorhaben plangemäss vorangetrieben und dürften in einigen Jahren das Bild einer östlichen Energiewirtschaft auf gemeinsamer Grundlage weitgehend bestimmen. Von den Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon), dem neben der Sowjetunion die europäischen Volksdemokratien Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, die SBZ (und nominell noch immer Albanien) angehören, sind die meisten für ihre Erdölversorgung auf Importe angewiesen. Die Lösung des Nachschubproblems stellt nun die Comecon-Pipeline dar, die in ihren Hauptadern das Oel nach der SBZ und der Tschechoslowakei führen wird, von wo aus auch Ungarn seinen Anschluss erhält. Unsere Karte gibt über den Verlauf der Leitungen Aufschluss. In der Sowjetunion sind beträchtliche und schwierige (Bergübergänge) Teilstücke bereits gelegt, der Bau in den Satellitenstaaten ist begonnen worden und wird vor allem dieses Jahr in möglichst beschleunigtem Tempo fortgesetzt. Am Ende des Siebenjahresplanes 1965 würden Polen, Ungarn, die CSSR und die SBZ (Rumänien ist selbst Erdölproduzent — siehe KB Nr. 8) insgesamt 15 Millionen Tonnen aus der Sowjetunion erhalten und 1970 laut Perspektivplan sogar 22 Millionen Tonnen. Die Rohrleitungen von einem Meter Durchmesser sollen aber über eine jährliche Förderkapazität von 40 bis 50 Millionen Tonnen verfügen.

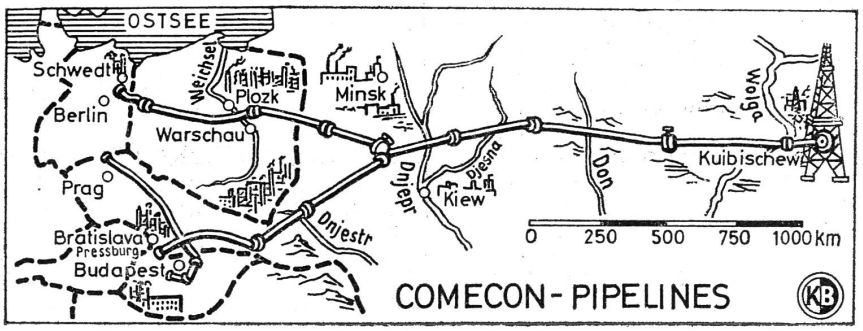
Die Gesamtlänge der Comcon-Pipeline vom sowjetischen Erdölzentrum Kuibischew bis zu den Endprodukten der verschiedenen Abzweigungen beträgt nahezu 5000 km.

Eng verbunden mit dem Werden der Comecon-Pipeline ist der Bau der östlichen erdölverarbeitenden Industrie, die ihrerseits eine wichtige Basis für den Produktionsausbau darstellt. Etliche Raffinerien sind entlang der grossen Stränge bereits entstanden, eine Mehrzahl wird in den nächsten Jahren den Betrieb aufnehmen und zumeist — wenn alles planmässig verläuft — nach 1965 auf volle Leistung kommen.

Die Frage, wie schnell die Comecon-Pipeline beendigt werden kann, ist nicht zuletzt eine Frage des Materials für die Rohrleitungen. Letztes Jahr konnte die UdSSR davon viel zu wenig aus eigenen Mitteln herstellen und behalf sich mit Importen aus westlichen Ländern und Japan. Als Gegenleistung wurde gern sowjetisches Oel in Aussicht gestellt.

Das ist denn auch der zweite Aspekt der Comecon-Pipeline. Sie stellt den potentiellen Anschluss an Westeuropa her und bereitet eine entscheidende Stärkung der sowjetischen Oeloffensive auf dem Weltmarkt vor. (Als Transitland nach Italien ist die Schweiz vorgesehen.) Die angestrebte Abhängigkeit der verschiedenen Staaten vom sowjetischen Lieferanten wird durch einen besonderen Umstand verstärkt; das sowjetische Oel ist sehr schwefelhaltig und benötigt speziell eingerichtete Raffinerien. Diese sind dann darauf angewiesen, weiterhin das gleiche Oel zu erhalten. Das erklärt auch, weshalb Raffinerien in der «Entwicklungshilfe» der Sowjetunion und der Volksdemokratien überall an prominenter Stelle figurieren. Die Abhängigkeit vom Rohstoffnachschub soll zu einer wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von der Sowjetunion ausgeschlachtet werden.

Der Kampf um die Absatzmärkte wird auch sonst energisch betrieben. Indien erhält sowjetisches Erdöl zu Dumpingpreisen mit der zusätzlichen Erleichterung, in der einheimischen Währung, das heisst in Rupien, bezahlen zu können. In Japan wurde das Angebot unter anderm dadurch verlockender gestaltet, dass sich die UdSSR zum Kauf von japanischen Tankern vertraglich verpflichtete. Diese werden natürlich ebenfalls in den Dienst der Erdöloffensive gestellt, so dass es sich tatsächlich um einen Fall von erfolgreicher «Fünfer-und-Weggli-Politik» handelt.

Die grossen sowjetischen Erdölreserven werden jetzt beschleunigt ausgebeutet. Betrug die Jahresproduktion der Sowjetunion 1959 (Beginn des Siebenjahresplanes) noch 130 Millionen Tonnen, so liegt sie jetzt bei gut 150 Millionen Tonnen und ist bis 1965 auf 240 Millionen Tonnen veranschlagt. Der Anteil der sowjetischen Erdölförderung an der Weltproduktion beträgt etwa 15 Prozent.

Ende Januar dieses Jahres fand in Prag eine Comecon-Konferenz über die Verarbeitung des schwefelhaltigen, paraffinierten Erdöls aus dem Gebiet von Kuibischew statt.